

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/05/2009
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 16.06.2009
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Bündnis für Familien
5. Stand der Umsetzung des KiBiz
6. Verlagerung der städtischen Kindertageseinrichtung Jungfernbruch in die Friedrich-Harkort-Grundschule
Vorlage: 0494/2009
7. Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“
Vorlage: 0482/2009
8. Jahresbericht und Verwendungsnachweis MusicOffice Hagen
Vorlage: 0504/2009
9. "Kinderschutz in Hagen" - Zwischenbericht zum Planungskonzept
Vorlage: 0512/2009
10. Kinderschutzambulanz / Finanzierung
11. Personalwirtschaftliche Situation in der Kinder- und Jugendarbeit

12. Spielplatzsituation in der Innenstadt
Vorlage: 0500/2009
13. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe
hier: Jahresberichte 2008
Vorlage: 0460/2009
14. Geschäftsbericht 2008 für den Fachbereich Jugend & Soziales
Vorlage: 0461/2009
15. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und gratuliert der Schriftführerin zur stattgefundenen Hochzeit und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

Herr Strüwer entschuldigt die Abwesenheit von Herrn Dr. Schmidt, der sich im Urlaub befinde und die seines Vertreters Herrn Grothe, der zeitgleich in der Bezirksvertretung Mitte sei.

Herr Steuber berichtet, dass er am gestrigen Tag ein Telefonat mit Herrn Schurgacz geführt habe. Dabei sei es um einen Antrag des Gemeindeverbandes katholischer Kirchengemeinden Ruhr/Mark auf Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe und gleichzeitig Weitergeltung der bisherigen Eigenschaft als kirchlicher Träger gegangen.

Für diesen Antrag müsse eine Vorlage für den Jugendhilfeausschuss erstellt werden und mit dem Landesjugendamt eine kurze Abstimmung stattfinden.

Herr Schurgacz erklärt, dass die Abstimmung mit dem Landesjugendamt bereits erfolgt sei.

Herr Steuber schlägt in der Sache vor, eine Dringlichkeitsentscheidung mit dem Vorsitzenden Herrn Strüwer zu treffen und in der nächsten Sitzung den Beschluss vom Jugendhilfeausschuss genehmigen zu lassen.

Herr Strüwer wäre damit einverstanden. Gegen dieses Verfahren erhebt sich kein Widerspruch.

2. Mitteilungen

Herr Steuber nimmt Bezug auf den Beschluss der Bezirksvertretung Mitte vom 28.04.09, in der ein Beratungsgegenstand an den Jugendhilfeausschuss überwiesen worden sei.

Es gehe darum, gemeinsam mit der Verwaltung Lösungsansätze für die Jugendproblematik am Kuhlerkamp zu erarbeiten und die Bezirksvertretung über die Ergebnisse zu informieren. Dieses Thema sei Reaktion auf Konflikte mit einer Gruppe von aggressiven und randalierenden Jugendlichen, die am Kuhlerkamp nicht wohnhaft seien. Mit Hilfe der Polizei und in vielen Gesprächen sei versucht worden, diesen Konflikt zu entschärfen.

Mittlerweile habe sich die Szene beruhigt, was unter anderem mit der Unterbringung von zwei besonders auffälligen Jugendlichen zusammenhänge. Der private Sicherheitsdienst, der zwischendurch beschäftigt worden sei, sei mittlerweile auch nicht mehr im Einsatz.

Am „Runden Tisch Kuhlerkamp“ werde weiterhin nach Lösungsmöglichkeiten gesucht, ob es darüber hinaus weitergehende Bedarfe im Rahmen von Kinder- und Jugendarbeit geben könnte. Diese könnten dann in den nächsten Kinder- und Jugendförderplan eingespeist werden. Sein Vorschlag sei, die Bezirksregierung Mitte in diesem Sinne zu informieren und das Problem als erledigt anzusehen.

Frau Versteeg-Schulte erklärt, dass sie im Zusammenhang mit den zuletzt verabschiedeten Satzungen noch einen weitergehenden Auftrag, der an die Verwaltung ergangen sei, erfüllen wolle. Es gehe dabei um die Darstellung der finanziellen Grundlagen bezüglich der Geschwisterkindregelung. Es sei dank der EDV-Auswertung gelungen, festzustellen, dass sich durch die Geschwisterkindregelung eine Mindereinnahme von 82.415,- € pro Jahr durch 492 betreute Kinder ergeben habe. Dabei sei anzumerken, dass viele Kinder aufgrund des geringen Einkommens ihrer Eltern ohnehin unter die Beitragsstufe 1 gefallen wären.

Herr Fischer berichtet, dass heute die Kommunalwahl begonnen habe. Es seien die ersten Kinderherzenwahlen zur Wahl des Oberbürgermeisters durchgeführt worden. Es hätten sich sechs Kandidaten zur Verfügung gestellt. Kinder sollten lernen, Demokratie auszuleben. Es gehe auch darum, dass die Kandidaten die vorhandenen Probleme an den verschiedenen Stellen wahrnehmen. Am Donnerstag finde die Auszählung statt. 120 Kinder seien beteiligt gewesen. Die Veranstaltung sei bei allen Beteiligten auf großes Interesse gestoßen. Aufgrund der geringen Wahlbeteiligung - nicht nur bei der letzten Europawahl - sei deutlich geworden, wie wichtig es sei, die nachrückenden Wähler frühzeitig dafür zu sensibilisieren, wie wichtig Wahlen seien.

Des Weiteren habe im historischen Zentrum in Hagen eine sehr interessante Veranstaltung stattgefunden. Zusammen mit dem Fachbereich habe man das Stadtmuseum dafür gewinnen können, eine Ausstellung mit dem Titel „Jugend im Nationalsozialismus“ zu konzipieren.

Diese Ausstellung eigne sich besonders für Kinder und Jugendliche. Er lade herzlich ein, diese einmalige Ausstellung, die bis zum 15.11.09 zu sehen sei, zu nutzen.

Herr Strüwer gratuliert zu diesen hervorragenden Veranstaltungen.

Herr Goldbach erinnert daran, dass er bereits über den Kinderspielplatz in Halden, Berchumer Straße, berichtet habe. In dieser Angelegenheit habe es einen Ortstermin gegeben, bei dem man sich mit dem Kläger außergerichtlich geeinigt habe. Es gebe mittlerweile einen Beschluss des Verwaltungsgerichtes Arnsberg, dass das Verfahren eingestellt werde und der Kläger die Kosten des Verfahrens trage.

Leider gebe es ein neues Schreiben eines Rechtsanwaltes mit Fristsetzung zu einem Spielplatz an der Höxterstraße. Auch dort werde man dem Begehren des Antragstellers nicht nachgeben können. Inhaltlich gehe es um die Lautstärke

der betriebenen Seilbahn.

Weiterhin gebe es in der nächsten Woche einen Ortstermin am Bolzplatz Eschenweg in Hilfe. Dort hätten Anwohner gegen den Bestand des dortigen Bolzplatzes Klage eingereicht.

Das Konjunkturpaket II sei im Rat gewesen. Der Ausschuss habe in seiner letzten Sitzung die einzelnen Prioritäten benannt. In Absprache mit dem Vorsitzenden habe man daraus eine Prioritätenliste erstellt. Diese werde dem Protokoll **als Anlage** beigelegt.

Herr Strüwer ergänzt, dass aufgrund des Drängens dieses Ausschusses den Ratsmitgliedern auch die Anträge der freien Träger zugegangen seien. In Bezug auf den Wortbeitrag von Herrn Goldbach bittet er die Verwaltung, wenn möglich, nur im äußersten Notfall Kompromisse mit den Klägern einzugehen, um den Kinder und Jugendlichen die Einrichtungen zu erhalten.

Frau Burghardt möchte auf einen Termin am 30. Juni von 15.00 Uhr bis 20.00 Uhr in der Gesamtschule in Eilpe hinweisen. Dort finde an diesem Tag eine Blutspende- und Typisierung Aktion für ein krankes 15-jähriges Mädchen statt. Sie leide an einer bösartigen Form der Blutarmut. Diese Familie habe drei Kinder, die an dieser Krankheit litten. Zweien der Kinder habe geholfen werden können. Bei dieser Aktion werde nach einem geeigneten Spender gesucht. Die Daten würden in einer weltweiten Datei gespeichert und könnten unter Umständen auch einem anderen Menschen helfen. Sie bittet, zahlreich an dieser Aktion teilzunehmen.

3. Anliegen der Jugendräte

Frau Caliskan erklärt, dass das heute ihre letzte Jugendhilfeausschusssitzung sei, da sie aufgrund der Satzung der Jugendräte mit Vollendung des 21. Lebensjahres ausscheiden müsse. Sie bedankt sich ganz herzlich für die Zusammenarbeit in den letzten Jahren. Gleichzeitig stellt sie Herrn Johannes Schneider vor, der als Gast anwesend ist. Herr Schneider werde zukünftig die Vertretung eines der Mitglieder des Jugendrates übernehmen.

Herr Strüwer bedankt sich bei Frau Calikan ganz herzlich für ihr Engagement und wünscht ihr beruflich und persönlich alles Gute. Sie sei eine echte Bereicherung für den Ausschuss gewesen.

Frau Grüger berichtet über die Lage nach dem Umzug. Man fühle sich ganz wohl in den neuen Räumlichkeiten, sehe das aber nach wie vor als Übergangslösung an.

Die RuhrtaflöÙe lägen nach wie vor ungenutzt im Harkortsee. Die Segelschule am Möhnesee und der Kanuverein in Wetter hätten ihr Interesse signalisiert. Man habe entschieden, dass der Kanuverein alle vier FlöÙe bekäme. Am 18.06.09 finde ein Ortstermin statt. Bei dieser Gelegenheit solle ein Vertrag ausgehandelt werden.

Im Rahmen des Graffiti-Projektes seien am 03. Juni Sprayer und andere Vertreter in Münster gewesen und hätten beim LWL ihre Projekte vorgestellt. Sie weist auf eine Broschüre hin. Man versuche, mit einem Folgeantrag für 2010 das Graffiti-Projekt fortzuführen.

Weiterhin gebe es ein neues Projekt. Dabei gehe es um Spielplatzpatenschaften. Am Kinderspielplatz Friedrich-Harkort in Haspe gebe es aggressive Jugendliche, die Mütter und Kinder belästigten und den Spielplatz verdreckten. Jugendliche würden Patenschaften übernehmen und darauf achten, dass Mütter und Kinder unbehelligt blieben. Im Gegenzug stelle die Firma Bamberg den Jugendlichen einen Bauwagen zur Verfügung, den sie als Treffpunkt nutzen könnten. Das Projekt werde vom Ordnungsamt und der Polizei überwacht.

Herr Strüwer lobt die tolle Eigeninitiative der jungen Leute.

4. Bündnis für Familien

entfällt

5. Stand der Umsetzung des KiBiz

Frau Versteeg-Schulte berichtet im Zusammenhang mit den aktuellen Streiks der Erzieherinnen, dass man versucht habe, Notgruppen vorzuhalten. Bei dem gestrigen Aktionstag hätten zwei Einrichtungen in Haspe Notgruppen angeboten. Dieses Angebot sei leider nicht in Anspruch genommen worden. Für die Eltern sei sicher die zunehmende Dauer der Aktion schwierig. Man sei dabei, auch in Absprache mit anderen Trägern das Angebot der Notgruppen für die Eltern vorzuhalten.

Die Kolleginnen hofften bald auf Klärung, da auch für sie die Lage zunehmend schwierig werde.

Wie vereinbart sei die Verwaltung im Mai in sogenannte Planungskonferenzen mit den Trägern eingestiegen und habe diese sozialraumbezogen durchgeführt. Es handele sich hierbei um eine einmalige Aktion, bei der geschaut werde, welche Bedarfe sich in den nächsten Jahren sozialräumlich ergäben. Die Überlegungen seien auch festgehalten worden. Teilweise habe man auch trägerspezifisch kommuniziert. Es sei aber zu keiner Festlegung gekommen. Es handele sich lediglich um Überlegungen im Zusammenwirken mit den einzelnen Trägern. Eine Vereinbarung sei für August 09 vorgesehen. Es sei ihr ganz wichtig, diese Mitteilung gemacht zu haben, damit deutlich würde, dass bisher keine verbindlichen Entscheidungen getroffen worden seien.

Herr Strüwer erklärt im Namen des Ausschusses, dass man sehr dankbar sei, dass die Verwaltung so frühzeitig mit der Planung für 2010/2011 beginne. Nur ohne Zeitdruck ließe sich so eine gewissenhafte Prüfung anhand der tatsächlichen Kinderzahlen in den einzelnen Sozialräumen vornehmen. Es gehe darum,

die Bedarfe, die da seien, bestmöglich zu decken.

Herr Sczukowski bedankt sich ganz ausdrücklich bei Frau Versteeg-Schulte und bei Frau Haack für dieses Verfahren. Er sei als Träger dem Verfahren gegenüber vorab misstrauisch gewesen. Er habe es als ein sehr geordnetes Verfahren mit sehr viel Information erlebt.

6. **Verlagerung der städtischen Kindertageseinrichtung Jungfernbruch in die Friedrich-Harkort-Grundschule**

Vorlage: 0494/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Schurgacz fragt, ob es nicht sinnvoll sei, zu prüfen, ob das Gebäude auch für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren zu nutzen sei.

Herr Fischer befürwortet den Beschlussvorschlag. Zu bedenken sei, dass auch die laufende Arbeit wie OGS und Schule davon betroffen seien.

Herr Steuber fordert Frau Versteeg-Schulte auf, aus der Sitzung der Bezirksvertretung Haspe zu berichten. Dort sei ein ergänzender Beschlussvorschlag formuliert worden. In Richtung von Herrn Schurgacz macht er deutlich, dass wie vorher geschildert genau diese Planungen in den nächsten Monaten zu einer verbindlichen Struktur aufgebaut werden sollten. Das sei auch für die Träger eine hilfreiche Grundlage.

Frau Versteeg-Schulte berichtet, dass die Bezirksvertretung Haspe sich in der letzten Woche mit der Vorlage beschäftigt habe. Die Verlagerung der Kindertageseinrichtung Jungfernbruch in die Friedrich-Harkort-Grundschule sei verworfen worden. Vor diesem Hintergrund habe man die Verwaltung beauftragt, die Nutzungsmöglichkeit des Gebäudes der evangelischen Kirchengemeinde Louise-Märker-Straße 1a (Haus Quamboni) als Ersatz für die Kindertagesstätte Jungfernbruch zu prüfen. Aus Sicht der Fachabteilung könne man sich dem anschließen. Man müsse jetzt schauen, unter welchen Modalitäten und mit welchen finanziellen Hintergründen das umzusetzen sei.

Herr Dücker beschreibt die bisherige Entwicklung in dieser Angelegenheit. Ihm stelle sich die Frage, ob man tatsächlich langfristig einen neuen Kindergartenstandort brauche.

Herr Strüwer erklärt, dass der Ursprungsvorschlag der Verlagerung allein schon vor dem Hintergrund hinfällig geworden sei, dass 900.000 € für die Umgestaltung berechnet worden seien. Man habe unter dem TOP Mitteilungen ausdrücklich gelobt, dass es Gespräche in den Sozialräumen gebe. In diesem Zusammenhang würde er darum bitten, dass zunächst die Erkenntnisse der Betroffenen und die tatsächlichen Kinderzahlen zusammengetragen würden. Erst auf dieser Grundlage könne eine detaillierte Planung vorgenommen werden. Der Vorschlag der Bezirksvertretung Haspe sei dann ggf. in diese Überlegungen mit einzubeziehen.

Herr Strüwer lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.
Der Verlagerung der Kindertageseinrichtung Jungfernbruch in die Friedrich-Harkort-Grundschule kann aufgrund der Finanzlage der Stadt Hagen nicht entsprochen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. Landesfonds „Kein Kind ohne Mahlzeit“ Vorlage: 0482/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Speil erläutert die Vorlage.

Die Rahmenbedingungen seien unverändert. Es sei nach wie vor erforderlich, einen städtischen Eigenanteil aufzubringen. Für die Finanzierung bzw. eine mögliche Fortführung des Programms „Kein Kind ohne Mahlzeit“ stünden in Hagen ausschließlich die Mittel aus der Sparkassenspende des Jahres 2008 zur Verfügung. Es sei im Moment nicht absehbar, inwieweit man in Zukunft noch weitere Mittel aus der Sparkassenspende bekommen werde. Anstehende Änderungen im Sparkassengesetz ließen befürchten, dass es diese Möglichkeit der Spende zukünftig gar nicht mehr gebe. Es handele sich bei dieser Vorlage um eine Bestätigung der bestehenden Beschlusslage.

Herr Strüwer ist guter Hoffnung, dass auch im nächsten Jahr zusätzliche Mittel der Sparkasse zur Verfügung gestellt würden, zumal die Sparkasse auch aus ihren eigenen Mitteln soziale und kulturelle Förderung vornehme.

Bei Gesprächen mit einigen Verantwortlichen sei signalisiert worden, dass dieses Projekt der Sparkasse sehr am Herzen liege. Er gehe davon aus, dass dann eine gewisse Gewährleistung dahinterstehe.

Er möchte wissen, wie denn derzeit die jährlichen Mittelabflüsse seien.

Herr Hermann legt dar, dass die 100.000 € pro Jahr annähernd abfließen. Daher bestehe nicht die Möglichkeit, eine andere Schule in das Programm mit aufzunehmen.

Herr Haensel erklärt, dass man zurzeit bei einer Auslastung von 95 % sei. Die Aufnahme einer weiteren Schule sei nicht möglich.

Herr Hermann macht die Problematik deutlich, dass man dann eventuell inner-

halb der finanziellen Grenzen entscheiden müsse, welche Schulen man dazu nehmen wolle. Welche Kriterien solle man da zugrunde legen?

Im August/September 2009 wisse man, ob sich die Prognose für das Jahr 2009/2010 bestätigen werde. Er schlägt vor, mit einem entsprechenden Vorschlag auf die Politik zuzukommen, wenn sich freie Kapazitäten ergäben.

Herr Fischer ist der Meinung, dass die Diskussion deutlich mache, dass an dieser Stelle die Probleme nicht gelöst werden könnten. Die Frage, wie Kinder und Jugendliche unterstützt würden, die mittlerweile den ganzen Tag in der Schule verbrächten, ohne dass die Gegebenheiten dazu vorlägen, müsste vom Land und vom Bund gelöst werden.

Er fordert die Politiker der Fraktionen auf, dieses Problem dahin zu transportieren.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass dieses Programm, das sehr erfolgreich laufe, aus der Politik gekommen sei. Was im Moment nachdenklich stimme, dass so getan würde, als würde die Bedürftigkeit scheinbar nach der 4. Klasse aufhören. Dieses Problem müsse zusätzlich erörtert werden.

Die Stadt Hagen sei trotz ihrer schwierigen Finanzsituation sehr weit vorn. Er verbindet das mit einem Dank an die Sparkasse für ihre Unterstützung.

Herr Fischer erklärt, dass er keine Kritik in Richtung des Landes äußern wollte. Es handle sich um eine lobenswerte Kampagne, die aber das Gesamtproblem nicht löse.

Herr Schledorn macht deutlich, dass viel Geld im Bildungssystem fehle. Die Ernährung von Kindern sei nur eins von vielen Punkten, die unterfinanziert seien.

Herr Strüwer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Stadt Hagen nimmt mit den Offenen Ganztagsgrundschulen und der Förderschule (Emotionale und soziale Entwicklung) Wilhelm-Busch im Schuljahr 2009/2010 an dem Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ teil. Die Finanzierung des städtischen Eigenanteils erfolgt aus Mitteln der Sparkassenspende des Jahres 2008.
2. Die Fortsetzung der Teilnahme gemäß Ziffer 1 im Schuljahr 2010/2011 erfolgt unter der Voraussetzung, dass im Jahr 2010 zur Finanzierung des städtischen Eigenanteils wiederum eine Sparkassenspende oder sonstige Drittmittel zur Verfügung stehen.

Die Vorlage wird bis zum 01.08.2009 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. Jahresbericht und Verwendungsnachweis MusicOffice Hagen
Vorlage: 0504/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Chahine vom MusicOffice berichtet über seine Arbeit.

Herr Strüwer erklärt, dass ihm im Vergleich zu den vergangenen Verwendungsnachweisen aufgefallen sei, dass früher deutlich geworden sei, in welcher Höhe Landesmittel in das Gesamtprojekt einfließen. Er fände es wichtig, dass zum Ausdruck gebracht würde, in welcher Größenordnung diese Förderung erfolge.

Herr Chahine teilt mit, dass in den letzten 4,5 Jahren ein Gesamtvolumen von 180.000 € vom Land bewilligt worden sei.

Frau Machatschek bedankt sich bei Herrn Chahine für seine Arbeit und wünscht ihm weiterhin viel Erfolg.

Herr Strüwer schließt sich dem an.

Beschluss:

Der Bericht zur Arbeit des MusicOffice Hagen im Jahr 2008 wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

9. "Kinderschutz in Hagen" - Zwischenbericht zum Planungskonzept
Vorlage: 0512/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Simon entschuldigt Herrn Fink vom Landesjugendamt, der anderweitige Verpflichtungen gehabt habe.

Anschließend stellt sie das „Planungskonzept Kinderschutz“ vor (**siehe Anlage zu TOP 9**).

Frau Klos-Eckermann bedankt sich für den Bericht. Sie freue sich darüber, dass der seinerzeit gefasste Beschluss, die Planung in diesen drei Schritten vorzunehmen, richtig gewesen sei.

Herr Strüwer möchte im Hinblick auf die Maßnahmenplanung wissen, inwieweit daran gedacht sei, im Rahmen eines Pilotprojektes einen Sozialraum herauszunehmen. Bei einem solchen Projekt könne man ein trägerübergreifendes Konzept entwickeln. Frau Simon habe in ihrem Bericht deutlich gemacht, dass es teilweise unüberschaubare Strukturen gebe. Die Chance liege darin, den Kindern und Jugendlichen mit träger- und angebotsübergreifenden Strukturen gerecht zu werden.

Frau Simon bestätigt, dass dies eine Überlegung gewesen sei, ein Pilotprojekt durchzuführen. Man habe jedoch in den Workshops zur Bedarfsermittlung festgestellt, dass bei allen ein großer Bedarf bestehe. Sie sähe ein Problem darin, einen Stadtteil voranzutreiben und die anderen warten zu lassen. Sie schlägt vor, diese Problematik mit Herrn Fink vom Landesjugendamt zu erörtern.

Frau Machatschek lobt die Analyse. Hier seien ja auch Schwachpunkte aufgezeigt worden. Habe sie das richtig verstanden, dass die personellen Ressourcen nur für einen Teil der Aufarbeitung reichten?

Frau Simon erwidert, dass die Ressourcen nicht für alle ausreichen würden, was zum Beispiel die Vernetzung angehe. Bei den Angeboten könne man gemeinsam mit den Anbietern schauen, wie man diese zentrieren könne.

Herr Dücker bedankt sich auch für den Bericht. Dieser habe deutlich gemacht, dass man viele Dinge nötig habe, die man so wahrscheinlich nicht leisten könne.

Er sei gespannt auf das Ergebnis im Herbst, aber gleichzeitig auch besorgt, den notwendigen Anforderungen aus Finanzgründen nicht gerecht zu werden. Er fragt, ob es nicht möglich sei, die Erfahrungen der Willkommensbesuche des Kinderschutzbundes mit einzubauen.

Frau Simon erklärt, dass der Kinderschutzbund als Anbieter mit einbezogen werde. Sie wolle den Maßnahmen jedoch nicht vorgreifen. Diese sollten erst einmal mit den Praktikern erarbeitet werden.

Herr Strüwer fasst die Beiträge zusammen und wünscht Frau Simon viel Erfolg bei der weiteren Arbeit.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Zwischenbericht zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

10. Kinderschutzambulanz / Finanzierung**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Strüwer berichtet, dass in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses unter dem Punkt Mitteilungen ein Hinweis in Form einer Tischvorlage gegeben worden sei, dass die Finanzierung der Kinderschutzambulanz nicht gesichert sei und derzeit keine Kompensationsmöglichkeit in anderen Bereichen gesehen werde, man aber willens sei, nach Lösungen zu suchen. Er möchte von Herrn Steuber wissen, wie es zu dieser Tischvorlage gekommen sei, nachdem der Jugendhilfeausschuss und der Rat der Stadt Hagen beschlossen hätte, diese Kinderschutzambulanz einzurichten und einen Betrag in Höhe von 100.000 € für den Betrieb einzustellen. Diese Beschlüsse wären aufgrund der Zusage der Verwaltung gefasst worden, eine Kompensation zu finden.

Herr Steuber führt aus, dass Dr. Schmidt in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses das wiedergegeben habe, was der Meinung des Verwaltungsvorstandes entsprochen habe. Man habe seinerzeit den kompensatorischen Vorschlag gemacht, auf die Wiederbesetzung von zwei Stellen, die zurzeit noch besetzt seien, zu verzichten. Die Mitarbeiter hätten einen Antrag auf Altersteilzeit gestellt. Diese würden dann teilweise im nächsten Jahr und im übernächsten Jahr nicht mehr zur Verfügung stehen. Der Verwaltungsvorstand sei nun zu der Auffassung gelangt, dass die Kompensation nicht in diesem Jahr sichergestellt sei. Wenn man eine sofortige Realisierung haben wolle, müsse man auf den Stellenplan 2009 zurückgreifen. Auch dafür seien Stellenfortfälle gemeldet worden. Der Ratsbeschluss hierzu stehe noch aus. Wenn jede freiwerdende Stelle auf das Kontingent der Zukunftscommission angerechnet werde, sei man erst in der Lage, eine Stelle wirksam einzusparen, wenn sie oberhalb des zugeteilten Personalkostenbudgets eingespart werde. Der entsprechende Ratsbeschluss stehe jedoch noch aus.

Die Zukunftskommission habe die Einsparung von 720 Stellen vorgesehen. In der Summe sollten dadurch 33 Millionen Personalaufwand eingespart werden. Wie diese Einsparungen auf die einzelnen Fachbereiche und Ämter verteilt werden sollten, sei bisher noch nicht bekannt. In der nächsten Woche fänden weitere Gespräche in dieser Angelegenheit mit der Kämmerei statt. Die dritte Alternative, die er derzeit nicht belegen könne, sei, dass auch Einsparungen im Bereich der Erziehungshilfe durch das Betreiben einer Kinderschutzambulanz erfolgten und diese als Kompensation akzeptiert würden.

Herr Reinke macht deutlich, dass er mit seiner Geduld langsam am Ende sei. Er bittet die Verwaltung um Erläuterung, warum eine Sparmaßnahme vorgeschlagen worden sei, von der man gewusst habe, dass diese Stellen bereits im Paket der Zukunftskommission enthalten seien. Außerdem hätte er gern eine Erklärung für die Aussage von Herrn Dr. Schmidt am 12.05.09, dass noch keine Antwort der Kämmerei vorliege. Laut der Aussage von Herrn Gerbersmann habe die Kämmerei am 30.04.09 auf die Anfrage vom 23.04.09 geantwortet. Er habe in den letzten Wochen in dieser Sache zahlreiche Gespräche geführt. Für viele Projekte in dieser Stadt sei Geld vorhanden, warum nicht für die Kinderschutzambulanz? Er habe Herrn Steuber zu Beginn des letzten Jahres angeboten, gemeinsam zu schauen, wie man die Kompensation realisieren könne. Man habe jetzt durch das Angebot des Diakonischen Werkes, qualifiziertes Personal für die Kinderschutzambulanz bereit zu stellen, die Chance, das Projekt zu starten. Der Bericht der Zukunftskommission werde nächste Woche im Rat so beschlossen werden. Gleichzeitig werde im Rat der Haushaltsplan 2009 verabschiedet. Darin sollte die Finanzierung der Kinderschutzambulanz enthalten sein.

Im Namen seiner Fraktion bittet er eindringlich, bis zum 25.06.09 eine Lösung zu finden, damit im Juli die Vereinbarung mit dem Diakonischen Werk geschlossen werden könne. Er könne sich gut vorstellen, dass die anderen Fraktionen das in dieser Form mittragen würden.

Er beschreibe die Notwendigkeit einer Kinderschutzambulanz, der ein gesellschaftliches Problem zugrunde liege. In Hagen müsse man mit 150 -180 Fällen rechnen, die sich an eine solche Institution wenden würden.

Parallel zum Jugendhilfeausschuss habe er heute ein Stiftungsrat, an den er einen Antrag gestellt habe.

Herr Schledorn nimmt die Verwaltung in Schutz und sieht die Verantwortung beim Stadtkämmerer. Dieser würde auf der einen Seite die Notwendigkeit des Projektes befürworten, auf der anderen Seite Kompensationsvorschläge im Vorstand ablehnen.

Er fände es unfair, die Verwaltung verantwortlich zu machen. Die Kompensationsvorschläge würden gern angenommen und das Geld eingespart. Die politische Kunst bestehe darin, den Betrag in Höhe von 100.000 € zu organisieren und den Verwaltungsvorstand zu überzeugen.

Herr Dücker erklärt, dass die Notwendigkeit einer Kinderschutzambulanz unbestritten sei. Er sähe die Schwierigkeiten des Fachbereiches, eine Kompensation zu schaffen, die an sich nicht zu schaffen sei. Er würde gern versuchen, eine Lösung zu finden. Er möchte wissen, was denn an Mitteln aufzubringen sei, wenn man das Angebot des Diakonischen Werkes annehme.

Herr Reinke erklärt, dass es sich bei den 100.000 € um den städtischen Anteil handele. Das Angebot des Diakonischen Werkes belaufe sich auf 170.000 €. Dann kämen noch Kosten für die Kooperation mit der Kinderklinik hinzu, so dass man einen Gesamtbetrag in Höhe von 185.000 € kalkuliert habe. Das Diakonische Werk würde den Anteil der Stadt in Höhe von 100.000 € benötigen und gleichzeitig seinen Trägeranteil einbringen. Der Rest solle durch eventuell durch den Stiftungsrat beigetragen werden. Er stünde auch in Gesprächen mit dem Land.

Herr Decker erinnert daran, dass es eine Sparkassenspende gebe. Er bittet zu prüfen, ob dort noch Geld vorhanden sei, das man für diesen Zweck einsetzen könne. Hier ginge es um das Wohl von Kindern. Etwas Wichtigeres könne er sich nicht vorstellen.

Herr Strüwer teilt mit, dass aus der Sparkassenspende 10.000 € für die Installation der Kinderschutzambulanz zur Verfügung gestellt worden seien.

Frau Burghardt erinnert an den Bericht von Herrn Goebels zum Thema Kindeswohlgefährdung, der sehr betroffen gemacht habe. Hier handele es sich um mögliche Klienten der Kinderschutzambulanz. Man könne es sich nicht erlauben, das Projekt Kinderschutzambulanz zurückzustellen. Sie bittet die Verantwortlichen, das Tempo zu beschleunigen.

Herr Steuber macht deutlich, dass es auch sein Interesse sei, eine Lösung für dieses Problem zu finden. Man habe das grundsätzliche Problem, eine akzeptierte Form der Refinanzierung zu finden. Es sei eine Alternative in der Form denkbar, dass die Finanzierung durch die Abrechnung im Einzelfall vorgenommen werde. Sein Vorschlag sei, dass man Frau Geisendres aus Remscheid nach Hagen einlade, um die Situation dort zu schildern. Es sei bekannt, dass 90 % der Fälle, mit denen sich eine Kinderschutzambulanz beschäftige, aus dem Bereich der Diagnostik stammten. Das seien die Fälle, mit denen der Allgemeine Soziale Dienst fast ausschließlich zu tun habe. Man müsste dann einen Anbieter finden, der sich darauf einließe, nicht einen institutionalisierten Zuschuss zum Betrieb der Einrichtung zu erhalten, sondern die Fälle über den Einzelfall abzurechnen, die aus der Erziehungshilfe allgemein finanziert würden. Hier sei natürlich ein unternehmerisches Risiko für den Betreiber gegeben.

Herr Strüwer erinnert daran, dass in den letzten drei Jahren in diesem Bereich immer thematisch und sachorientiert gedacht worden sei. Er hätte sich gewünscht, dass dies auch in der Sache Kinderschutzambulanz so gelaufen wäre. Er meint, dass der von Herrn Steuber gemachte Vorschlag eventuell ein Weg sei, der Sinn machen könnte. Er weist auf die beantragten Stellen im ASD hin, die auch für zu erwartende Maßnahmen genehmigt worden seien. Die Argumentation gelte auch für die Kinderschutzambulanz. Alle Beteiligten wollten die Kinderschutzambulanz, dann müsse auch ein Weg gefunden werden.

Herr Reinke hält den gemachten Vorschlag, über Einzelfallabrechnungen einen

institutionalisierten Zuschuss zu umgehen, für nicht geeignet. Das vom Diakonischen Werk gemachte Angebot solle als Minimallösung angesehen werden.

Herr Haensel legt dar, dass man über die Vielzahl der Fälle im Rahmen von Kindeswohlgefährdung erschrocken und entsetzt gewesen sei. Hier trage der Fachbereich eine immense Verantwortung. In diesem Bereich würden alle Beteiligten das Möglichste tun.

Mit dem § 8 a SGB VIII habe man eine Sensibilisierung geschaffen, der man dann jetzt auch Rechnung tragen müsse. Bisher sei nur über Konzepte gesprochen worden, jetzt müsse man über die Finanzierung der Kinderschutzambulanz sprechen.

Herr Strüwer stellt zusammenfassend fest, dass es ausdrücklicher Wunsch des Ausschusses sei, die Kinderschutzambulanz zeitnah zu realisieren. Er gehe davon aus, dass noch vor der nächsten Ratssitzung eine finanzielle Lösung von Fachverwaltung und Kämmerei gefunden werde.

11. Personalwirtschaftliche Situation in der Kinder- und Jugendarbeit

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach informiert darüber, dass mittlerweile in drei kommunalen Jugendeinrichtungen jeweils eine Fachkraftstelle nicht besetzt sei. Es handele sich um die Einrichtungen in Vorhalle, Boele und Hohenlimburg. Man habe zwar die Genehmigung zur internen Besetzung dieser Stellen, es gebe aber keine internen Sozialarbeiter mit einem unbefristeten Arbeitsvertrag, die sich auf eine Stelle im Jugendzentrum bewerben würden. Diese Tatsache sei nicht neu. Die Situation werde sich mit Sicherheit noch verschärfen, da zurzeit daneben noch ein Personalkonzept erarbeitet werde, um vorrangig den allgemeinen Sozialdienst mit internen Sozialarbeitern sicherzustellen. Es sei gelungen, einen unbefristeten Arbeitsvertrag im Kinder- und Jugendpark Emst für ein weiteres Jahr zu verlängern. Die gesamte Situation stelle die Verwaltung vor große Probleme. Die Zielvereinbarungen könnten so nicht erreicht werden. Es gebe einen Kinder- und Jugendförderplan, der in diesem Jahr noch gelte, in dem die Budgets vorgegeben seien. Man stelle jetzt fest, dass dieser Plan Jugendeinrichtungen freier Träger schütze. Dies gelte leider nicht für die kommunalen Angebote, weil man durch die Rahmenrichtlinien die Stellen nicht besetzen könne.

Er macht deutlich, dass er sich unter den jetzigen Rahmenbedingungen nicht imstande sähe, einen Entwurf mit finanziellen Aussagen zum Jugendförderplan für die Periode 2010 bis 2014 zu vorzulegen. Es mache keinen Sinn, einen Jugendförderplan mit dem Status Quo vorzulegen. Man wolle ein Stück Veränderung an die sich wandelnden Bedarfe. Dazu brauche man ein Planungsbudget und eine Planungssicherheit.

Er schlägt vor, nach der Sommerpause in einer Vorlage zu dem Thema "Rahmenbedingungen Jugendförderplan" zu informieren. Weiterhin solle in dieser Vorlage der Status Quo mit kleinen Veränderungen für das Jahr 2010 beschlossen werden, um den freien Trägern Planungssicherheit zu geben.

Herr Fischer ist der Meinung, dass man mit denjenigen, die die Finanzverantwortung innehätten, Gespräche über die Gesamtsituation führen müsse. Da könne man auf die Unterstützung der freien Träger bauen. Die Fachlichkeit dürfe nicht durch eine Kommission ausgehebelt werden. Zur Not müsse das zum Wahlkampfthema gemacht werden.

Herr Strüwer stellt fest, dass der Jugendförderplan Verbindlichkeiten für das kommunale Handeln festsetze. Wäre es denkbar, dass sich in diesem Bereich auch Rückzahlungen von Mitteln an das Land ergeben könnten, wenn die von der Verwaltung zugesagten personellen Leistungen nicht erfüllt würden?

Herr Goldbach antwortet, dass Voraussetzung sei, dass die Kommune zwei Drittel dessen, was das Land an Fördermitteln gewähre, investiere. Das sei derzeit noch der Fall. Falls das nicht mehr der Fall sei, komme es zu Rückforderungen.

Herr Strüwer fasst zusammen, dass man auf politischem Weg agieren müsse. Die Anliegen müssten zu einem geeigneten Zeitpunkt thematisiert werden.

Herr Fischer bittet, den Tagesordnungspunkt als Standardtop auf die Tagesordnung zu setzen, um als Ausschuss immer über dieses Thema informiert zu sein.

Herr Steuber beschreibt abschließend noch einmal die Brisanz der jetzigen Personalsituation und deren mögliche Auswirkungen.

12. **Spielplatzsituation in der Innenstadt** **Vorlage: 0500/2009**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach erläutert die Vorlage und erklärt zunächst auf Frage von Herrn Strüwer, welchen Hintergrund es habe, dass die Vorlage heute auf der Tagesordnung stehe. Es sei ein Auftrag des Jugendhilfeausschuss im Zusammenhang mit der Errichtung eines Hotels an der Volme gewesen. Das dies nach verwaltungsinterner Abstimmung erst jetzt gelungen sei, täte ihm leid, sei aber vorher nicht machbar gewesen.

Herr Haensel lobt die Vorlage, die eine Übersicht über die Innerstädtischen Spielplätze liefere. Er ist der Meinung, dass das Zugangskonzept allerdings so nicht ganz hinreichend sei. Man hätte zwischen den Kindern unterscheiden müssen, die im Quartier wohnten und denen, die mit ihrer Familie von außerhalb kämen. Man könne so Attraktivitätsmerkmale für eine Spielplatzsituation schaffen. Dies sei wichtig für die innerstädtische Entwicklung. Es sei festzustellen, dass genügend Flächen vorhanden seien. Das Risiko, dass die Spielgeräte auf lange Sicht wetterbedingt zerstört würden, habe man auch zur Kenntnis genommen.

Herr Strüwer merkt an, dass die Fachverwaltung sich unter anderem auch über die TÜV-Mängel an Kinderspielgeräten im öffentlichen Bereich Gedanken machen und die Sache gesamtstädtisch anzustoßen müsse.

Herr Schledorn ist der Meinung, dass sich die Spielplatzsituation trotz knapper Kassen in den letzten 15 Jahren im Innenstadtbereich sehr positiv entwickelt habe.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

- 13. Zuschüsse an Wohlfahrtsverbände/Freie Träger der Jugendhilfe, Jugendverbände und sonstige Träger der Jugendhilfe**
hier: Jahresberichte 2008
Vorlage: 0460/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer schlägt vor, sowohl den Bericht der Wohlfahrtsverbände als auch den Geschäftsbericht, der unter dem Tagesordnungspunkt 14 beraten wird, in erster Lesung zu beraten.

Herr Haensele ist mit dem Verfahren einverstanden. Er erinnert daran, dass im Ausschuss in der Vergangenheit im Hinblick auf die freie Wohlfahrtspflege ein freier Träger seine Arbeit vorgestellt habe.

Herr Decker möchte wissen, wann die Budgetverträge ausliefen. Müssten diese neu geschlossen werden?

Er kritisiert den Bericht des Werkhofes, der auf Seite 78 abgebildet ist.

Herr Goldbach erklärt, dass die Verträge mit den Jugendverbänden ausgelaufen und auch nicht verlängert worden seien. Diese Zuschüsse seien in diesem

Jahr per Bescheid in gleicher Höhe wie die bisherigen vertraglichen Leistungen bewilligt worden. Bestandteil des Jugendförderplanes sei es gewesen, dass diese Budgetverträge in diesem Bereich nicht fortgeführt werden sollten. Hintergrund sei gewesen, dass man nicht in eine Vertragsdiskussion kommen wollte.

Herr Steuber ergänzt, dass die übrigen Verträge im Rahmen der Budgetverträge mit den Wohlfahrtsverbänden eine Laufzeit bis zum 31.12. diesen Jahres hätten und bis zum 30.06.09 gekündigt werden müssten.

Herr Decker stellt fest, dass die Verträge so weiterliefen, wenn man jetzt nicht reagiere.

Herr Steuber gibt den Hinweis, dass es eine Vorlage geben werde, die auch in den Rat eingebracht werden solle. Da müsse sich der Rat zu diesem Thema positionieren. Es werde vielleicht auch in dieser Sache eine Verweisung an den Sozialausschuss geben.

Herr Haensel macht deutlich, dass die Verbände eine Erwartungssicherheit bis zum 30.06.2008 gehabt hätten. Das wäre eine Vorlaufzeit von 1,5 Jahren gewesen. Das Kündigungsrecht wäre immer weiter nach hinten verschoben worden. Es sei auch in diesem Fall denkbar, das Kündigungsrecht bis zum 30.09.09 zu schieben, wenn man sich auf einem guten Weg befände und unter Zeitdruck stehe.

Herr Strüwer erinnert daran, dass die Berichte der Träger in den letzten zwölf Monaten immer zufriedenstellend gewesen seien und die Verwaltung auf dieser Grundlage erwartet hätte, dass die Weiterführung der Verträge außer Frage stünde.

Er fragt den Ausschuss, ob grundsätzliche Bedenken dagegen bestünden, auf Grundlage dieser Jahresberichte die Träger zunächst einmal nicht zu einer Fristverlängerung aufzurufen.

Herr Dücker erklärt, dass man der Aussage im Prinzip so folgen könne. Er sei in der schwierigen Lage, die Vorlage zu kennen. Er wäre mit einer Verlängerung der Kündigungsfrist einverstanden. Diesen Weg sei man schon einmal gegangen.

Herr Strüwer stellt auch bei den anderen Ausschussmitgliedern Einvernehmen mit dem gemachten Vorschlag fest. Er fragt, welche Träger zwecks Berichterstattung eingeladen werden sollten.

Der Vorschlag von Herrn Decker, den Werkhof einzuladen, wird zurückgestellt, da der Träger erst vor einiger Zeit berichtet habe. Er belegt seine Äußerung, dass der Werkhof seines Erachtens keinen aussagefähigen Bericht abgegeben habe.

Herr Strüwer macht deutlich, dass man andere Träger noch nicht gehört habe und es daher sinnvoll sei, diesen Vorrang zu gewähren. Er bittet, entsprechende Vorschläge bei Herrn Steuber einzureichen. Nach

Rücksprache mit seiner Person werde dann eine entsprechende Vorauswahl getroffen werden. Es sollten nicht mehr als zwei Träger eingeladen werden für eine Sitzung.

Herr Haense merkt an, dass das Diakonische Werk gern berichten würde, wenn sich kein anderer fände.

Beschluss:

Der Bericht wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

14. Geschäftsbericht 2008 für den Fachbereich Jugend & Soziales

Vorlage: 0461/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Dücker schlägt vor, sich nach der Wahl einmal zusammzusetzen, um zu überlegen, wie und ob man in dieser Stadt zukünftig noch Sozialarbeit gestalten könne. Man werde ja durch die Vorgaben der Zukunftskommission derartig eingeschränkt, dass man auch überlegen sollte, ob es sinnvoll sei, eine Verfassungsklage auf Erfüllung des Konnexitätsprinzips zu formulieren. Man könne anhand des Berichtes klar feststellen, dass in vielen Fällen Land und Bund das Konnexitätsprinzip mit Füßen trete.

Herr Strüwer ergänzt, dass vielleicht der Städtetag sich dieses Anliegen zu Eigen mache.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2008 des Fachbereichs Jugend & Soziales in erster Lesung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

15. Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Herr Decker möchte wissen, wie viel Geld in diesem Jahr noch im Topf der Sparkassenspende frei verfügbar sei.

Antwort: Laut Aussage der Stadtkämmerei ist in diesem Jahr kein Geld mehr aus der Sparkassenspende verfügbar.

Ende des öffentlichen Teiles: 19.10 Uhr

Gez. Strüwer
Vorsitzender

Gez Hogrebe
Schriftführerin